
Einleitung: Gouvernamentalität, Staat und internationale Politik

1

Andreas Vasilache

1.1 Zurückweisung der Staatstheorie und Neuperspektivierung des Staates

Michel Foucault hat es der Politikwissenschaft insgesamt sowie der politischen Theorie und der Staatstheorie im Besonderen nicht eben leicht gemacht, sich auf sein Denken und seine Ansätze zu beziehen. Zu deutlich und scharf ist Foucaults Zurückweisung politiktheoretischer Grundbegriffe und Untersuchungsraster. So hat Foucault eine Analyse von Politik und Gesellschaft in Begriffen des Staates, der Souveränität und des Rechts immer wieder als anachronistisch verworfen. Das wesentliche Argument für seine dezidierte Ablehnung staatstheoretischer Konzepte besteht darin, dass sie auf einer anachronistischen Machtvorstellung als einer institutionellen und repressiven Kraft basierten, die für moderne Politik kaum mehr relevant sei. Immer wieder hat sich Foucault gegen ein repressives und juridisches Verständnis von Macht ausgesprochen, souveränitätsfixierte Machtbegriffe kritisiert¹ sowie schließlich eine souveräne Besessenheit² der politischen Theorie beanstandet. Mehr noch betont er, dass eine juridische, repressive und letztlich staats-theoretische Idee der Macht selbst noch als eine Machttaktik gelten müsse, die die tatsächliche Funktions- und Wirkungsweise von Machtdynamiken verberge.³ In

¹ Vgl. Foucault 1975, 1976, 1978a, 1998a

² Vgl. Foucault 1978b, S. 38.

³ Foucault 1998a, S. 48–49, 172–173. Wäre Foucault nicht ein dezidiert Gegner des marxistischen Ideologiebegriffs (1978b: 34), könnte man hier den Versuch erkennen, die staats-theoretische Konzeptualisierung von Macht als Ideologie zu entlarven.

A. Vasilache (✉)

Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25,
33615 Bielefeld, Deutschland

E-Mail: andreas.vasilache@uni-bielefeld.de

diesem Sinne folgert Didier Bigo, dass für Foucault „Hobbes [...] ein Lügner“⁴ sei. Insbesondere in den machtanalytischen Texten der 1960er bis 1970er Jahre werden die Begriffe der Souveränität, des Staates und des Rechts von Foucault meist weitgehend synonym gebraucht und funktionieren als generalisierte Negativfolien, gleichsam als pauschale Gegenmodelle, von denen er seine Arbeit deutlich abgrenzen möchte. In aller Schärfe weist Foucault das souveränitäts- und staatszentrierte Denken als eine anachronistische, da letztlich monarchische Entlehnung zurück und kommt zu seiner berühmten Forderung, dass man in der politischen Theorie endlich „dem König den Kopf abschlagen“⁵ müsse.

In seinen Vorlesungen zur Gouvernamentalität⁶ hat sich Foucault nun aber doch mit Fragen des Staates, der Souveränität, des Rechts – und insbesondere des Regierens befasst. Während er auch im Rahmen seiner Gouvernamentalitätsvorlesungen die „Überbewertung des Staatsproblems“ kritisiert, stellt er doch fest, dass das „Problem der Souveränität [...] nicht eliminiert“, sondern „im Gegenteil akuter denn je geworden“ sei.⁷ Dass wir es hier nicht mit einem Widerspruch zu tun haben, folgt aus einer von Foucault vorgenommenen Umkehrung des Verhältnisses zwischen Staat und Souveränität einerseits und gouvernementaler, auf einer Mikrophysik der Macht fußenden Regierungstätigkeit andererseits. Für Foucault ist die Analyse des Staates nicht der Schlüssel zum Verständnis der Macht, sondern umgekehrt ließen sich staatliche Institutionen erst durch Machtverhältnisse erschließen.⁸ Der Staat wird aus dieser Perspektive nicht mehr als Ausgangspunkt politischer Macht gesetzt, sondern er wird – *vice versa* – als Konsequenz von Machtbeziehungen verstanden, gleichsam als „bewegliche[r] Effekt eines Regimes vielfältiger Gouvernamentalität“.⁹ Um der fortgesetzten Aktualität des Staates Rechnung zu tragen und zugleich seiner systematischen Überschätzung zu entgehen, fordert Foucault, dass man sich theoretisch wie analytisch von der Idee einer „Verstaatlichung der Gesellschaft“ ab- und der „Gouvernementalisierung des Staates“¹⁰ zuwenden müsse.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die recht pauschale und meist kurz angebundene Zurückweisung staats-, souveränitäts- und rechtsanalytischer Fragen seiner früheren Texte in den Vorlesungen zur Gouvernamentalität einem expliziten

⁴ Bigo 2008, S. 106.

⁵ Foucault 1978b, S. 38.

⁶ Foucault 2004a, b.

⁷ Foucault 2004a, S. 161, 163.

⁸ Vgl. Foucault 1994, S. 257; 2000a, S. 62.

⁹ Foucault 2000b, S. 70; vgl. Foucault 2004a, S. 160.

¹⁰ Ebd., S. 163.

Interesse an der Genealogie des modernen Staates sowie an den Rationalitäten und Techniken des Regierens weicht. Die Vorlesungen schließen dabei die Auseinandersetzung mit staatstheoretischen Denkern wie Hobbes und Rousseau sowie insbesondere ihre gouvernementalitätstheoretische Kontextualisierung ein.¹¹ In Foucaults Entwicklungsgeschichte des Regierens erfährt der Staat eine systematische Aufwertung, indem er als Produkt gouvernementaler Macht- und Regierungstechnologien thematisiert wird. Das Ausschlussverhältnis von Staat und Macht seiner früheren Texte weicht einer Ursache-Wirkung-Relation. Dass hier Ursache und Wirkung gegenüber einer traditionellen etatistischen Logik umgekehrt sind, weist freilich darauf hin, dass es verwegen wäre, Foucaults Denken aufgrund seines Spätwerks einfach der Staatstheorie zuschlagen zu wollen. Doch wenn Foucault die Perspektive von der Staatstheorie zu einer Genealogie des Staates verschiebt,¹² lässt sich durchaus von einer Analytik des Staates und der Staatstätigkeit bei Foucault und mit Foucault sprechen. Es erscheint daher lohnend zu sein, sich Foucaults politischer Theorie mit einem auch staats-, souveränitäts- und rechtsanalytischen Interesse zu nähern.

1.2 Foucault, das Regieren und der Staat: Ein rezeptionsgeschichtlicher Abriss

Die Rezeption der gouvernementalitätstheoretischen Vorlesungen Foucaults setzt Mitte der 1990er Jahre an¹³ und hat sich mit den *Governmentality Studies* zu einer eigenständigen Forschungsrichtung bzw. -ausrichtung entwickelt,¹⁴ Die besondere Stärke der *Governmentality Studies* besteht nicht zuletzt darin, dass eine an Foucault anschließende Perspektivierung der Politik mit einem transdisziplinären Selbstverständnis sowie vielfältigen empirischen Schwerpunktsetzungen verbunden wird. Durch das ausgeprägte Interesse an Rationalitäten und Techniken des Regierens sowie aufgrund der damit einhergehenden analytischen Privilegierung politischer Dynamiken und Prozesse standen Institutionen und insbesondere die Verbindungslinien der Gouvernamentalität zum Begriffshorizont der Souveränität

¹¹ Vgl. ebd., S. 112, 144, 155, 160f, 356; 2004b, S. 133f, 409, 422f.

¹² Walters 2012, S. 16.

¹³ Die folgende Darstellung der Literatur soll zwar einen breiten thematischen Überblick über die regierungs- und staatsbezogene Rezeption des Foucaultschen Gouvernamentalitätsdenkens geben, erhebt allerdings keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

¹⁴ Vgl. Burchell/Gordon/Miller 1991; Simons 1995; Barry/Osborne/Rose 1996; Lemke 1997; Dean 1999; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000; Opitz 2004; Dean 2007; Bröckling/Krasmann/Lemke 2011.

und des Staates allerdings nicht im Zentrum gouvernementaler Untersuchungen. In jüngster Zeit beginnt sich dies zu ändern, und es wird – zwar noch verhalten, aber doch überhaupt – die Rolle des Staates in der Gouvernamentalitätstheorie und bisweilen sogar die staatstheoretische Anschlussfähigkeit Foucaults thematisiert.¹⁵

Gouvernamentalitätstheoretisch orientierte Studien, in denen Fragen der Souveränität und des Staates schon durch die Wahl des Gegenstandes eine besondere Rolle spielen, sind jüngst insbesondere in den Internationalen Beziehungen (IB) zu finden.¹⁶ So ist in den letzten Jahren ein beachtlicher Literaturkorpus entstanden, in dem Foucaultsche Ansätze für die Untersuchung grenzüberschreitender Beziehungen und der Politik in der Weltgesellschaft¹⁷ fruchtbar gemacht werden.¹⁸ Dieser Diskurs weist mittlerweile vielfältige empirische Fokussierungen auf. So finden sich – um thematische Schwerpunkte zu nennen – Ansätze, die sich theoretisch und konzeptionell breit mit der Gouvernamentalität im internationalen System sowie Phänomenen globaler Gouvernamentalität auseinandersetzen.¹⁹ Weiterhin werden neoliberale Regierungsrationalitäten und Fragen der internationalen politischen Ökonomie untersucht,²⁰ transnationale Migration und Zirkulation²¹ analysiert sowie, oft mit einem Subjektivierungsfokus, grenzüberschreitende Risiko-, Sicherheits- und Versicherheitlichungspolitiken thematisiert. Die sicherheitspolitischen Studien sind dabei sowohl auf transnationale Phänomene – wie beispielsweise Terrorismus und Terrorismusbekämpfung, organisierte Kriminalität oder *Human Security* – als auch auf internationale bewaffnete Konflikte und Kriege

¹⁵ Vgl. Lemke 2007; Jessop 2007, 2011; Saar 2007; Biebricher/Vogelmann 2012; Heidenreich 2011; Vasilache 2007, 2011a.

¹⁶ In den Gouvernamentalitätsvorlesungen hat sich Foucault selbst schon mit der Entwicklung moderner Staatsräson in der Außenpolitik des Regierungsstaates auseinandergesetzt (2004b, S. 18–32).

¹⁷ Ich lege hier einen gegenständlich breiten, phänomenologischen Begriff der Weltgesellschaft zugrunde, der dem empirischen Zuwachs grenzüberschreitender Beziehungen und Verflechtungen Rechnung trägt, eine geographisch bzw. weltregional weite Perspektive erlaubt, die Bedeutung gesellschaftlicher Strukturen und Dynamiken in der grenzüberschreitenden Politik (in intra-, inter- und transgesellschaftlicher Hinsicht) betont und schließlich berücksichtigt, dass die Bereiche der Innen- und Außenpolitik nicht mehr scharf voneinander abgrenzbar sind. Vgl. demgegenüber für Ansätze, die den Weltgesellschaftsbegriff systematisch theoretisieren, Heintz/Münch/Tyrell 2005, Meyer 2005 sowie in den IB Albert 2002, der den Begriff der Verweltgesellschaftung prägt und in Bezug zur „Weltgesellschaft als theoretischen Referenz- und Integrationspunkt“ (2002, S. 340; vgl. 330–340) setzt.

¹⁸ Vgl. für einen forschungsprogrammatischen Überblick Selby 2007; Vrasti 2013.

¹⁹ Kiersey/Stokes 2011; Lipschutz/Rowe 2005; Neumann/Sending 2007; Larner/Walters 2004; Joseph 2010; Caldwell 2007; Vrasti 2013.

²⁰ Fougner 2008; Kiersey 2010; Traub-Werner 2007.

²¹ Aradau 2004

bezogen.²² Schließlich finden Foucaultsche Ansätze auch Eingang in entwicklungs-politische Untersuchungen²³ und werden in Analysen zum europäischen Regieren fruchtbar gemacht.²⁴ Dieser Einsatz Foucaultscher Begriffe und Konzepte trägt zu einer weiteren Distanzierung von staats- und souveränitätsfixierten Perspektiven sowie von einem methodologischen Nationalismus in den IB bei. Gleichwohl bewegen sich diese Studien in einem Gegenstandsbereich, in dem der Staat sowie (vermeintliche oder tatsächliche) souveräne Logiken und Dynamiken noch immer eine besondere Rolle spielen – und sei es lediglich als Effekte gouvernementaler Rationalitäten und biopolitischer Regierungstechniken –, so dass hier eine Thematisierung des Verhältnisses zwischen Gouvernamentalität und Staat sowie seinen Institutionen stattfindet.²⁵

Mit Blick auf die Rezeption Foucaults im deutschsprachigen Diskurs ist festzustellen, dass die gouvernementalen Schriften zwar auf ein ausgeprägtes Interesse gestoßen sind, dass aber die soeben genannte Forschung in den IB nur wenig Resonanz erfahren hat. Ein Grund hierfür mag in dem bemerkenswerten Umstand liegen, dass die Auseinandersetzung mit der politischen Theorie Foucaults im deutschsprachigen Raum weniger in der Politikwissenschaft als vielmehr in der Soziologie, der Philosophie, der sozialwissenschaftlich inspirierten Rechtswissenschaft und den Kulturwissenschaften stattgefunden hat und stattfindet. Hier hat sich im Anschluss an Foucault ein verzweigter und ertragreicher Diskurs etabliert, in dem die Gouvernentalisierung politischer Rationalitäten, Regierungsstrategien und -techniken, Subjektivierungspolitiken, die liberale Ökonomisierung der Politik sowie in letzter Zeit insbesondere auch risiko- und sicherheitspolitische Fragestellungen untersucht werden.²⁶ Von Anfang an sind dabei – eigentlich ganz im Sinne eines auch politikwissenschaftlichen Erkenntnisideals – theoretische und methodische Diskussionen mit konzeptuellen und empirischen Perspektivierungen verbunden worden.

Diese recht weitgehende disziplinäre Auslagerung Foucaults aus der deutschsprachigen Politikwissenschaft mag durch eine vornehmlich gegenständliche und

²² Aradau/Van Munster 2007; Bigo/Tsoukala 2008; Lentzos/Rose 2008; Heng/McDonagh 2008; de Larrinaga/Doucet 2010; Dillon/Neal 2008; Dillon/Reid 2009; Jabri 2006; Winter 2008; Kiersey 2010; Vasilache 2011b.

²³ Duffield 2007, 2010.

²⁴ Walters/Haahr 2005; Diez 2008.

²⁵ Vgl. v. a. de Larrinaga/Doucet 2008, 2010; Caldwell 2007; Ferguson/Gupta 2002; Fougner 2008.

²⁶ Vgl. Lemke 1997; Bröckling/Krasmann/Lemke 2000; Kerchner/Schneider 2006; Krasmann/Volkmer 2007; Opitz 2008; Bröckling/Hempel/Krasmann 2011; Purtschert/Meyer/Winter 2008; sowie auch in Honneth/Saar 2003.

problemlösungsorientierte Forschungsagenda erklärt werden, in der unmittelbar operationalisierbaren Theorien mittlerer Reichweite der Vorrang vor grundsätzlichen theoretisch-begrifflichen (Selbstverständigungs-) Debatten gegeben wird. Freilich trifft diese Feststellung nicht auf die Subdisziplin der Politischen Theorie zu. So ist hier der Gouvernamentalitätsansatz durchaus aufgenommen worden.²⁷ Gleichwohl ist selbst für die Politische Theorie festzustellen, dass die Rezeption Foucaults insgesamt zurückhaltend ist und schwerpunktmäßig im Bereich disziplinärer Grenzgänge stattfindet. Man könnte – zugegebenermaßen etwas salopp – sagen, dass die Habermas-Foucault-Debatte²⁸ im deutschsprachigen Raum zugunsten von Habermas entschieden worden ist.

Nun muss man das Problem der disziplinären Externalisierung Foucaults nicht überdramatisieren. Foucault selbst war stets auf die Überschreitung analytischer und disziplinärer Begrenzungen bedacht,²⁹ was sich nicht zuletzt an wiederholten Aussagen zeigt, in denen er sich theoretischer, methodischer und disziplinärer Festlegungen erwehrt. So eignen sich Foucaults Denken insgesamt und seine politische Theorie im Besonderen nicht für die Sicherung disziplinärer Grenzziehungen – vielmehr besteht in ihrer Durchbrechung ein wesentlicher Mehrwert Foucaultscher Ansätze. Darüber hinaus könnte man geltend machen, dass es nebensächlich ist, in welchen Instituten, Zeitschriften und Bänden der politikwissenschaftlich relevante Diskurs um den Gouvernamentalitätsansatz stattfindet, solange er nur eben stattfindet.

Gleichwohl zeugen die aktuelle Rezeption der Foucaultschen Regierungsanalytik, die theoretischen Fortentwicklungen in den *Governmentality Studies*, die Applikation seiner Konzepte in der empirischen Forschung sowie die deutlich erkennbaren, aber noch unzureichend genutzten Anschlussmöglichkeiten zu anderen Theorie- und Analyseprogrammen zum einen von der Fruchtbarkeit einer gouvernementalen Perspektivierung des Regierens und der Politik. Ein gouvernementaler Zugang kann sowohl bislang vernachlässigte Momente und Fragestellungen in die politikwissenschaftliche Forschungspraxis einbringen als auch zu ergänzenden Einsichten und Ergebnissen führen. Zum zweiten lassen sich systematische Anknüpfungspunkte der Gouvernamentalitätsperspektive an Problemstellungen, thematische Schwerpunkte und auch methodische Vorannahmen politikwissenschaftlicher Forschungsagenden feststellen. Eindringlich wird dies in dem Beitrag von Detlef Sack deutlich, der die systematischen Parallelen (und auch die Divergenzen)

²⁷ Vgl. z. B. Demirović 2008; Lemke 2000; Saar 2007; Biebricher/Vogelmann 2012; Heidenreich 2011.

²⁸ Kelly 1994; Habermas 1985; Moon 2005; McCumber 2000.

²⁹ Foucault 1996, 1997a, b, 1998b.

zwischen Governance und Gouvernamentalität auslotet.³⁰ Aus den ersten beiden Punkt folgt schließlich zum dritten, dass gouvernementalitätstheoretische Ansätze wiederum von ihrer politikwissenschaftlichen Fruchtbarmachung und Adaptation werden profitieren können. So sind durch eine verstärkte Auseinandersetzung mit Foucault in der Politikwissenschaft sowohl Impulse für die theoretische Diskussion der Gouvernamentalität als auch eine weitere thematische Öffnung des Gouvernamentalitätsansatzes für empirische Fragestellungen der Policy-Forschung, für Fragen der IB sowie für regionale Fokussierungen zu erwarten.

1.3 Aufbau des Bandes

Die Diskussion der politischen Theorie Foucaults in diesem Band verbindet fünf miteinander verwobene Zielsetzungen. Dem Profil der Reihe entsprechend, soll *erstens* ein Überblick über die Regierungs- und Staatsanalytik Foucaults, ihre theoretische Diskussion und ihre Anwendung in der empirischen Forschung gegeben werden. Aus diesem Grunde finden sich in den hier versammelten Beiträgen die wesentlichen theoretischen Aspekte und Teilbereiche des Foucaultschen Gouvernamentalitätsansatzes angesprochen. Die Texte spannen einen Bogen auf, der vom Begriff des Regierens über die Rolle von Macht und Subjektivierung, Risiko und Sicherheit zum Konzept der Biopolitik sowie der Staatsräson in Foucaults Analytik reicht. Dieser konzeptuell breite Zugang, dem der Band insgesamt verpflichtet ist, wird aber *zweitens* nicht durch einführende Überblickstexte, sondern im Rahmen thematisch fokussierter Forschungsbeiträge und aktueller Diskussionen entfaltet. Die folgenden Artikel leisten, je nach Schwerpunkt, einen Beitrag zur theoretischen Fortentwicklung der Gouvernamentalitätsperspektive, zu ihrer konzeptuellen Einordnung und Schärfung oder loten das empirische Potenzial der gouvernementalen Analytik aus. Dabei sollen *drittens* sowohl der mögliche Mehrwert als auch die systematischen und analytischen Grenzen des Gouvernamentalitätsansatzes für politikwissenschaftliche Fragestellungen, Gegenstände und Forschungsprogrammatiken vermessen werden. Dass eben *auch* die politikwissenschaftliche Anschlussfähigkeit der Staats- und Regierungsanalytik Foucaults beurteilt werden soll, darf freilich nicht mit einer disziplinären Engführung erkaufte werden, die dem Gouver-

³⁰ Weitere thematische und konzeptuelle Korrespondenzen lassen sich – um nur einige augenfällige, aber gewichtige Beispiele zu nennen – im Bereich der Sicherheits- und Versicherheitlichungsforschung, angesichts des mittlerweile auch in der Politikwissenschaft weitgehend überwundenen methodologischen Nationalismus³, in der immer stärkeren Berücksichtigung von Prozessen und Dynamiken sowie im deutlich gestiegenen politikwissenschaftlichen Interesse an Diskursen erkennen.

nementalitätsansatz nicht entspräche. Der Band führt daher *viertens* politikwissenschaftliche, soziologische und philosophische Beiträge zusammen, die wiederum allesamt einem transdisziplinär offenen Zugang zum Foucaultschen Denken verpflichtet sind. Schließlich wird *fünftens* auch an Debatten angeschlossen, die seit einiger Zeit in englischsprachigen Kontexten zur grenzüberschreitenden Politik in der Weltgesellschaft geführt werden. Daher weist der Band auch einen Schwerpunkt im Bereich der internationalen Politik auf und ist am analytischen Mehrwert des Gouvernamentalitätsansatzes für die IB interessiert. Eine Bezugnahme zu dieser mittlerweile empirisch breit gefächerten Forschung im englischsprachigen Raum lässt Impulse für den deutschsprachigen Diskurs erwarten.

1.3.1 Foucault und der Staat – Theoretische Anschlüsse

Der Aufbau des Bandes folgt einer zunehmenden systematischen und gegenständlichen Konkretisierung vom Allgemeinen zum Besonderen. Im ersten Abschnitt findet eine theoretische Auseinandersetzung mit Foucaults Regierungs- und Staatsdenken statt. Die in diesem Teil versammelten Beiträge konzentrieren sich zwar auf die gouvernementalitätstheoretischen Vorlesungen. Zugleich aber wird das gouvernementale Denken Foucaults innerhalb seines Gesamtwerks kontextualisiert. So adressieren die folgenden Beiträge wesentliche Eckpunkte des Gouvernamentalitätsansatzes sowie ihre Bezüge zu Fragen des Regierens und des Staates. Es werden die gouvernementale Rolle von Souveränität und Recht, die Bedeutung von Macht und Subjektivierung sowie das Konzept der Biopolitik und seine Bezüge zur Souveränität thematisiert.

Den Anfang macht Thomas Biebricher, der sich mit der theoretischen Verortung von Souveränität und Recht bei Foucault auseinandersetzt (Kap. 1: *Souveränität und Recht in der Staatsanalytik Foucaults*). Zunächst nimmt er Foucaults frühere, gleichsam ‚vor-gouvernementale‘ Staatsskepsis in den Blick. Während er auch den ‚frühen‘ Foucault gegen eine pauschale, überzogene Kritik der Staats- und Rechtsvergessenheit verteidigt, erkennt Biebricher gleichwohl einen theoretisch bemerkenswerten Wandel in Foucaults Souveränitäts- und insbesondere seinem Rechtsverständnis. Diesen Wandel zeichnet Biebricher nach und diskutiert die Rolle, die der Souveränität und dem Recht in Foucaults Gouvernamentalitätsvorlesungen zukommt. Dabei kommt Biebricher zu dem Schluss, dass Foucaults gouvernementale Auseinandersetzung mit dem Recht Lücken und Leerstellen zu füllen vermag, die seine früheren Studien noch gelassen hatten.

Oliver Flügel-Martinsen wendet sich mit dem Verhältnis zwischen Macht und Subjektivierung einem thematischen Feld zu, das sowohl für das Foucaultsche Den-

ken insgesamt als auch speziell für seine Gouvernamentalitätsanalytik von Bedeutung ist (Kap. 2: *Macht zwischen Unterwerfung und Widerstand: Zur Subjektkonstitution im politischen Denken Foucaults*). Zunächst unternimmt Flügel-Martinsen eine machttheoretische Positionsbestimmung Foucaults. Durch die Einordnung des Foucaultschen Machtbegriffs in ein von Max Weber einerseits und Hannah Arendt andererseits aufgespanntes machttheoretisches Spektrum offenbart sich die inhärente Verbindung zwischen Macht und Subjektivierung bei Foucault. Es zeigt sich, dass für Foucault Macht immer schon mit korrespondierenden Subjektivierungsweisen verbunden ist – und ohne diese nicht gedacht werden kann. Aus der unhintergehbaren Verknüpfung von Macht und Subjektivierung folgt, wie Flügel-Martinsen anschließend nachweist, eine grundsätzliche Ambivalenz im Foucaultschen Machtbegriff, die sowohl von systematischer als auch normativer Relevanz ist. So bewege sich Macht für Foucault *unabdingbar* zwischen Unterwerfung und Widerstand, ohne dass dieses Spannungsverhältnis aufgelöst werden könne.

Anhand eines prominenten und aktuellen Beispiels für seine theoretische Wirkungsgeschichte befasst sich Johannes Scheu mit dem Foucaultschen Konzept der Biopolitik (Kap. 3: *Der blinde Fleck: Biopolitik, Staatsrassismus und Gouvernamentalität bei Michel Foucault und Giorgio Agamben*). In seinem Artikel geht Scheu dem Einfluss Foucaults auf die seit einigen Jahren intensiv diskutierte Souveränitätstheorie Agambens nach. Er untersucht die systematischen Verbindungslinien und Verknüpfungen zwischen Foucaultscher Gouvernamentalität einerseits und der zeitgenössischen Souveränitätstheorie Agambens andererseits. Durch die Herausarbeitung der Hinwendung Agambens zur Gouvernamentalitätsperspektive leistet Scheu einen Beitrag zur Diskussion des Agambenschen Denkens sowie zur Rezeptionsforschung Foucaults gleichermaßen. Dabei weist er nach, dass die Gouvernamentalitätsvorlesungen Foucaults eine – wenngleich fragmentarische – Aufwertung des Staates und seiner Institutionen bedeuten, während sich bei Agamben eine gouvernementale Wende zeigt.

1.3.2 Gouvernamentalität und Regieren – Konzeptuelle Perspektiven

Der zweite Abschnitt des Bandes ist der konzeptuellen Auseinandersetzung mit der Gouvernamentalitätsperspektive sowie mit Prozessen und Funktionsweisen des Regierens im Anschluss an Foucault gewidmet. In systematischer Hinsicht könnte man sagen, dass der Argumentationsweg sowie das Erkenntnisziel des ersten Abschnitts umgekehrt werden und nach der Diskussion der theoretischen Rolle des Staates bei Foucault im ersten Abschnitt nunmehr die Konsequenzen des Foucault-

schen Denkens für die Untersuchung des Staates und der Politik in den Mittelpunkt rücken. Vor allem aber wird im zweiten Teil das theoretische Interesse des ersten Abschnitts durch einen konzeptuellen Fokus ergänzt und fortgeführt, der zudem die Operationalisierbarkeit der Gouvernamentalitätstheorie in den Blick nimmt. So richtet sich das Augenmerk nun auf die durch Foucault vorgenommenen methodischen und analytischen Verschiebungen und auf ihre Auswirkungen für die Untersuchung empirischer Phänomene. Besondere Aufmerksamkeit erfährt hier die Frage nach dem Mehrwert – aber auch nach den Grenzen – eines Foucaultschen Blickes auf das Regieren, die Politik und den Staat.

Der Abschnitt beginnt mit dem Beitrag von Hannelore Bublitz, die eine integrale Betrachtung des Gouvernamentalitätsansatzes vornimmt (Kap. 4: *Gouvernamentalität, Normalisierung und Selbstführung*). Dabei gibt sie einen breiten, auch unter einführenden Gesichtspunkten ertragreichen Überblick über die gouvernementale Analyseperspektive. In dieser Gesamtschau werden zum einen die wesentlichen Aspekte des Foucaultschen Untersuchungsrahmens vorgestellt. Vor allem aber diskutiert Bublitz auf dieser Grundlage zum anderen die strukturellen Verbindungen zwischen den von Foucault eingeführten Begriffen und Konzepten, die erst in ihrem systematischen Zusammenspiel die gouvernementale Perspektive eröffnen. So zeichnet Bublitz zunächst den Begriff der Regierung nach, um dann die Kopplung zwischen Biomacht, Biopolitik, Vermassung und Normalisierung zu untersuchen. Die Besprechung der Verknüpfung dieser Regierungsstrategien mit ökonomischen Praktiken der Fremd- und Selbstführung weist schließlich auf ein „neues Register sozialer Differenzierung“ zwischen gouvernementaler Selbstregulierung und heteronomer Disziplinarordnung hin.

Der Beitrag von Detlef Sack (Kap. 5: *Governance und Gouvernamentalität – Komplementäres und Distinktes zweier Regierungslehren*) konkretisiert das konzeptionelle und methodische Interesse des zweiten Abschnitts. Seine Untersuchung nimmt ihren Ausgang aus dem bemerkenswerten Umstand, dass die Diskurse um Governance und Gouvernamentalität weitgehend parallel verlaufen und Bezugnahmen zwischen diesen beiden Ausrichtungen der Regierungsanalyse bislang kaum vorliegen. Dies ist umso erstaunlicher, als sowohl Governanceansätze als auch gouvernementale Perspektiven von ähnlichen Problem- und Gegenstandsbeschreibungen ausgehen und überdies reziprok anschlussfähige Grundannahmen teilen. Um das Verhältnis und mögliche Anknüpfungspunkte zwischen Governance und Gouvernamentalität, vor allem aber den möglichen analytischen Mehrwert einer konzeptuellen Verknüpfung auszuloten, zeichnet Sack zunächst die – überaus verzweigte – Governancedebatte nach und nimmt eine systematische Klassifizierung unterschiedlicher Governancebegriffe und -diskurse vor. Auf dieser Grundlage wendet er sich der Kritik zu, die an sowie innerhalb von Governanceansätzen

Gouvernementalität, Staat und Weltgesellschaft

Studien zum Regieren im Anschluss an Foucault

Vasilache, A. (Hrsg.)

2014, VIII, 258 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02576-2